

# PFLEGE kompakt

Der Informationsdienst für die professionelle Pflege



Heidi Heinhold

Liebe Leser und Leserinnen,

der Personalmangel in der Pflege wird seit vielen Jahren mehr oder weniger intensiv beklagt. Als erfolgversprechend wurde die Einführung der Pflegeversicherung angesehen, weil durch deren Mittel mehr Pflegebedürftige möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung bleiben können sollten.

Das war und ist ein Trugschluss, denn pflegen kann eben nicht jeder. Neue Konzepte müssen her und wurden inzwischen auch entwickelt, wie dem nebenstehenden Bericht zu entnehmen ist. Die Kommunen – aber auch die Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen – sind gefordert, Initiative zu ergreifen. Die Politik kann nur Rahmenbedingungen schaffen, mit denen Initiativen erleichtert werden. Zupacken muss jeder Pflegedienst, jede Pflegeeinrichtung und jede Kommune selbst. Nachbarschaftshilfe und ehrenamtliche Tätigkeit ist gefragt und gefordert. Beides darf nicht dazu führen, dass der Helfer letztlich draufzahlt, weil seine Kosten nicht erstattet werden.

Besten Gruß

Heidi Heinhold

## Aktuelles

### Viel Kleines kann ein Großes geben Ohne ehrenamtliche Hilfe geht es nicht mehr

(hhd) Am 16. und 17. September 2014 diskutierten Referenten und Teilnehmer das Thema „Arbeitskräftemangel in der Pflege – was können Kommunen tun?“ in einer Veranstaltung, zu der die Konrad-Adenauer-Stiftung nach Weseling bei Köln eingeladen hatte. Allen war bewusst, dass sie das seit über 40 Jahren immer wieder auftretende und diskutierte Problem des Fachkräftemangels nicht ad hoc lösen könnten, zumal die Hintergründe, die diesen Mangel ausgelöst und verstärkt haben, nicht öffentlich benannt werden:

- Der Strukturwandel im Krankenhauswesen mit 3-Schicht-Diensten,
- Umbau der Stationen zu kleineren Einheiten,

- kürzere Liegezeiten der Patienten, die nach der Entlassung aus dem Krankenhaus ambulant von Pflegediensten betreut werden müssen,
- Abbau der zentralen Bettenreinigung, aufgrund dessen Betten wieder – oft auch von Pflegefachkräften – auf den Stationen aufbereitet werden,
- Reduzierung von Ausbildungsplätzen sind Faktoren, aufgrund derer weniger ausgebildete Pflegefachkräfte zur Verfügung stehen.

Diese Strukturveränderungen werden auch zukünftig nicht rückgängig gemacht werden können. Was also tun? Deutlich ist der Hinweis im § 3 SGB

## In dieser Ausgabe lesen Sie

Viel Kleines kann ein Großes geben .....	1
Beratungskompetenz muss gelernt und trainiert werden .....	3
Erste Deutsche Pflegegenossenschaft geht an den Start .....	5
Agenda für Demenzkranke unterzeichnet .....	6
Was ist Geriatrie und was muss ein Geriater können? .....	7
Fähigkeit im Alter sicher Auto zu fahren festgestellt .....	8
„Volkskrankheit“ Schmerz?! .....	9
Soziale Interaktion: Neuronale Grundlagen weiter entschlüsselt .....	10
Wahrnehmungslernen: Zuständig ist das Kleinhirn .....	10
5-Punkte-Plan zur Nutzenbewertung von Medizintechnologien .....	11
Bessere Qualität durch Behandlungspfade .....	12
bpa betont: Wichtige Klarstellung für Pflegedienste .....	13
Altersbedingtem Bluthochdruck mit Ausdauersport entgegenwirken .....	14
Herzsport ist auch gut fürs Gehirn .....	15
Diabetes: Risikopatienten können Ausbruch verhindern .....	15
Termine .....	16

XI vom 26. Mai 1994. Dort heißt es unter Vorrang der häuslichen Pflege: „Die Pflegeversicherung soll mit ihren Leistungen vorrangig die häusliche Pflege und die Pflegebereitschaft der Angehörigen und Nachbarn unterstützen, damit die Pflegebedürftigen möglichst lange in ihrer häuslichen Umgebung bleiben können. Leistungen der teilstationären Pflege und der Kurzzeitpflege gehen den Leistungen der vollstationären Pflege vor.“



© Gerd Altmann\_pixelio.de

Diese Herausforderung nehmen die Kommunen zunehmend an, wie sich in den Gesprächen zeigte. Zunächst betonte Reiner Limbach, Beigeordneter des Landkreistages NRW, die mehr oder weniger bekannten Daten der demographischen Entwicklung und die Notwendigkeit der regionalen Erfassung der Pflegebedürftigkeit. Weiterhin betonte er die Wiedereinführung des Umlageverfahrens für die Ausbildung in der Altenpflege sowie die Notwendigkeit struktureller Maßnahmen ebenso wie Imagekampagnen für die Pflegeberufe.

### Eigeninitiative ergreifen

Christoph Treiß, Geschäftsführer des Landesverbands freie ambulante Krankenpflege NRW e. V., stellte fest, dass der Arbeitskräftemangel in der Pflege bleibe. Zu den Möglichkeiten der kommunalen Steuerung gehörte eine engere Verzahnung der Versorgungsstrukturen. Ein inzwischen bewährtes Medium sei die Pflegeüberleitung, aufgrund derer die Übernahme eines Pflegebedürftigen von einem Pflegedienst in den anderen erleichtert werde. Pflegedienste sollten sich spezialisieren und vernetzen. Gefordert sei ein Management regional bedarfsgerechter Wohn- und Pflegekonzepte. Dazu gehören Bestandsaufnahmen und in deren Folge Bedarfsplanung und Angebotssteuerung der Pflegedienste, um ein Überangebot bzw.

Versorgungslücken zu vermeiden. Pflegedienste könnten sich besser profilieren, wenn sie eine Pflegeberatung leisten, die über den Inhalt § 37 Abs. 3 SGB XI hinausgehen.

### Werte gemäß Artikel 1 Abs. 1 Grundgesetz umsetzen

Jörg Marx und Oskar Dierbach stellen als Praxis-Beispiel die Dialog-Offensive Pflege der Stadt Mülheim a.d. Ruhr vor. Erste Impulse zu dieser Initiative stammten aus der Kommunalen Pflegekonferenz im Jahre 2009. Es entwickelte sich im Lauf der Zeit eine Arbeitsgruppe aus inzwischen 50 Personen, die in dreijähriger Arbeit bezüglich der Qualität der Pflege in Mülheim die „Mülheimer Erklärung zur Lebensqualität und Menschenwürde der Pflegebedürftigen und der sie Pflegenden“ erarbeitete. Die Initiatoren verstehen diese Erklärung als Denkanstoß zum Wertewandel in Richtung mehr Menschlichkeit im Umgang miteinander. Pflege(fach)kräfte sollten ihre Arbeit wieder als sinnstiftend und professionell erleben können. Die Initiatoren der Dialog-Offensive-Pflege fordern, dass die Pflege mehr gesellschaftliche Anerkennung erfahren und entlastet werden müssten. Insofern heißt es in den Eckpunkten der Dialog-Offensive Pflege u. a.:

„Die Dialog-Offensive-Pflege fordert zur Solidarität auf und folgt der Erkenntnis, dass Pflege eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die mittel- oder unmittelbar alle Menschen betrifft.“

Die komplette Erklärung und weitere Informationen sind zu beziehen über: Jörg Marx, Stadt Mülheim a. d. Ruhr, E-Mail: joerg.marx@muelheim-ruhr.de).

Der letzte große gesellschaftliche Wertewandel, der im Lauf der Zeit zu sozialer Kälte führte, trat in der damaligen BRD nach 1983 ein. Die Mülheimer Erklärung gibt Anlass zur Hoffnung, dass diese und ähnliche Initiativen zumindest lokal einen Wertewandel zu mehr mitmenschlicher Solidarität in alle Richtungen anregen können.



© Initiative Echte Soziale Marktwirtschaft (IESM)\_pixelio.de

### Öffentliche Anerkennung pflegender Angehöriger

Die 1. stellvertretende Landrätin des Landkreises Soest, Irmgard Soldat, geht einen anderen Weg der Anerkennung von Pflege. Eine ihrer Initiativen ist der sogenannte „Pflegerstern“ (in Silber), der 2015 nebst einem Gutschein über 150,00 € und einer Urkunde zum 10. Mal an Bürger verliehen wird, die ihre Angehörigen oft über Jahre hinweg pflegen, eben weil sie sich unentgeltlich engagieren und von anderen Stellen keine Ehrung erhalten haben. Sie weiß, dass sie auf diesem Weg den Pflegepersonalmangel nicht beheben kann. Die pflegenden Angehörigen empfinden den öffentlichen Dank als Auszeichnung, die sie für manche bittere Stunde der Lebenssituation entschädigt.

Natürlich kamen noch andere Anregungen zur Sprache, wie pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen geholfen werden könnte. Hier geht es aber um Modelle, die den Betroffenen so und/oder ähnlich in anderen Regionen zeigen, dass ihre Nöte, Sorgen und gesamtgesellschaftliche Leistung wahrgenommen werden. Und auch darum geht es in der Pflege.

### Kontakt u. Informationen:

Frau Dr. Mechthild Scholl  
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.  
Bildungszentrum Schloss Eichholz  
Urfelder Straße 221  
50389 Wesseling  
www.kas.de

### Neue Anschrift ab 01.01.2015

Rathausallee 12  
53757 Sankt Augustin  
Tel. 02241-246-0 ■